

Rosenbergstrasse 115

Kein Chef soll mehr als 12-mal mehr verdienen als der am niedrigsten bezahlte Arbeitnehmer. Das will die 1:12-Initiative. Das Dumme daran: Eigentlich ist das allen Chefs von Klein- und Mittel-Unternehmen (KMU) egal, weil sie ohnehin nicht soviel einsacken. Verdient der jüngste Ungelernte nämlich nur schon 3500 Franken im Monat, dürfte sich der Chef glatt 42 000 Franken pro Monat überweisen, mit Grati also rund 550 000 Franken pro Jahr. Nur, wer macht das schon?



Ist die 1:12-Initiative also harmlos? Sagen wir es so: eine weitere Vorschrift für ein paar wenige. Überflüssig wie ein Kropf und nutzlos dazu, da mit Leichtigkeit zu umgehen. Anders gesagt: Die einen trifft nicht und die andern kümmerts nicht. Einzige relevante Folge: noch mehr Formulkrieg. Und: Kein einziger Mitarbeiter wird deswegen einen Franken mehr und kein Manager einen Franken weniger kassieren. Wohl aber die AHV weniger erhalten, weil die Entschädigung für die Manager dann eben Wege nimmt, die nicht von der AHV betroffen sind. Dumm gelaufen für die Initianten, vor allem aber für all jene, die gar nicht angepeilt waren. Man nennt das ideologisch motivierte Politik, ohne Rücksicht auf die Folgen.



Gute Frage: Was würde das Kind, das du einst warst, über den Menschen denken, der du jetzt bist?



Ob in Basel, in Luzern, Genf oder Schaffhausen: Die Leute wollen Lebensqualität. Vor allem in den Städten. Deswegen wählen sie links und grün. Denn die versprechen das alles. Weniger Beton, mehr Velos; weniger Verkehr, mehr Krippenplätze; weniger Abzocke, mehr Staatsleistungen. Lebensqualität und – Wohlstand. Der Clou der linksgrünen Versprechen: Wohlstand, aber ohne Wachstum.

Oder wenn Wachstum, dann ohne Zuwanderung. Wenn doch Zuwanderung, dann zumindest keine Reichen, womöglich noch Pauschalbesteuerte, und keine Arme, höchstens Asylsuchende. Wohnen sollten die aber wenn möglich woanders. Sonst müsste man ja neue Wohnungen bauen. Und Strassen. Die Zugewanderten würden Raum beanspruchen. Dabei will man sicher nicht noch mehr Grün überbauen. Wohin also mit den Leuten? In Hochhäuser und Tiefgaragen? Das wäre zwar praktisch, sieht aber schrecklich aus. In eine städtische Waldstadt wie in Bern und Schaffhausen angedacht? Nichts da, Bäume werden nicht gefällt. Auch wenn der Waldbestand beständig zunimmt. Überhaupt, Energie brauchen sie auch, die Zuwanderer. Klar, wir wollen alle Energie. Aber keine Kraftwerke. Keine Windräder. Nur Sonnenkollektoren, und zwar subventioniert von den Strombezügern und Steuerzahlern. Steuern sollen sie sowieso mehr bezahlen. Nicht alle natürlich, nur die, die's haben und können. Die andern also. Und: Wir wollen Kultur. Sogar Multi. Aber ohne Lärm und ohne Licht. Viel Vergnügen den Politikern, die das alles unter einen Hut bringen sollen.



Eine richtig gute Beziehung ist es erst, wenn du nicht weisst, ob der Muskelkater vom Sex oder vom Lachen kommt.



Friedensnobelpreisträger Barack Obama ist verantwortlich dafür, dass in den vergangenen Jahren Tausende von Menschen, darunter Terrorismusverdächtige (Verdächtige, nicht Verurteilte) und unschuldige Zivilisten durch Raketen ab unbemannten Drohnen getötet wurden. Letztere «Kollateralschäden» genannt. Konkret: Ohne rechtliche Legitimation werden irgendwo auf der Welt, zu irgend einem Zeitpunkt, aus irgendwelchen geheimen Gründen, in einer geheimen Aktion,

irgendwelche Menschen von geheimen Auftraggebern getötet. Die USA haben kein Gesetz, das das erlauben würde. Aber egal. Perfiderweise auch keines, das solche Tötungen (falls es Terroristen trifft) bzw Ermordungen (soweit es Unschuldige erwischt) explizit verbietet. Oder doch, es gibt ein Gesetz, das solches erlaubt: das Gesetz des Stärkeren. Es war seit jeher und es ist immer noch das wirksamste Gesetz. Auch unter Demokratien.



«Kollateralschäden» müsste eigentlich zum Unwort des Jahrhunderts gekürt werden. Noch besser: zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit.



Und das darf auch mal wieder zitiert werden (John Lennon): We live in a world where we have to hide to make love while violence is practised in bright daylight.



Ein Freund, der es wissen sollte, da erfahrener Jurist: Es gibt kein Unrechtsbewusstsein in Sachen Steuerhinterziehung. Bei niemandem. Wer etwas anderes sagt, ist ein Heuchler (oder ein Neider). Es gibt nur die Angst, erwischt zu werden, welche die Leute daran hindert.



Und das meint Walti: Sag mal, langweilst du dich auch so wie mich?

Richard Altorfer